Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 65 (1985)
Heft: 1

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Reagans Revolution: Zweiter Teil

Ronald Reagan hat am 6. November die Präsidentenwahl mit der überwältigenden Mehrheit von 525 gegen 13 Elektorenstimmen und 59 Prozent gegen 41 Prozent der Wähler gewonnen. Seither wird darüber diskutiert, was dieser Wahlsieg bedeute. Die Demokraten führen ihn einfach auf die Popularität Reagans zurück. Sie verweisen darauf, dass die Republikanische Partei im Senat zwei Sitze verloren, im Repräsentantenhaus nur 14 gewonnen und gesamthaft bloss einen Gouverneursposten mehr besetzt habe. Sie unterlassen die Aufzählung der Einbrüche von Republikanern in Staatsparlamenten, in denen die Demokraten die Vorherrschaft innegehabt hatten.

Fünfzig Staatsparteien

Die Wahlen für das Präsidentenamt und diejenigen für den Kongress werden nach verschiedenen Regeln geführt. Das ganze Volk wird für die Präsidentenwahl mobilisiert, wenn auch die Elektorenstimmen nach der Vertretung der Einzelstaaten im Kongress zugeteilt werden. Die Wahlkreise für das Repräsentantenhaus werden dagegen von den Staatsparlamenten umschrieben. In den meisten dieser Staatsparlamente verfügten die Demokraten über Mehrheiten, als die Wahlkreise nach der Volkszählung von 1980 neu geordnet wurden. Die Mehrheitspartei liess sich die Gelegenheit nicht entgehen, ihre Machtposition bei der Umgrenzung der Wahlkreise auszunützen. Die Möglichkeiten von Veränderungen in einer einzigen Wahl sind deshalb beschränkt. Wahlsiege können sich erst über eine Anzahl der alle zwei Jahre fälligen Wahlen auswirken.

Die Parteien in den Einzelstaaten tragen verschiedenen Charakter. Während etwa die Demokratische Partei in Michigan der Labourpartei in Grossbritannien gleicht, sind die Demokratischen Parteien in den Südstaaten konservativ gesinnt. Politwissenschafter bezeichnen deshalb mit einiger Berechtigung die nationalen Parteien als lockere Koalition von fünfzig Staatsparteien, oder sie unterscheiden zwischen einer «Präsidialpartei», die alle vier Jahre in Erscheinung tritt, und den Staatsparteien, welche bei den Kongresswahlen und bei den Wahlen für die Ortsbehörden und Staatsämter entscheiden. Die Republikaner haben seit 1968 vier der fünf Präsidentenwahlen gewonnen. Aber trotz ihrer Fortschritte im Süden besetzen sie dort nur eine geringe Zahl von Staatsämtern und noch weniger lokale Posten.

Rückschlag für die Demokraten

Die Personalisierung eines Problems mit der Behauptung, Reagans Wahl-

sieg sei nur dank seiner Popularität, seiner gewinnenden Persönlichkeit zustande gekommen, ergibt ein verzerrtes Bild. In den neun Wahlen seit 1952 haben die Demokraten dreimal gesiegt, nämlich 1960 dank der umstrittenen Resultate in Chicago (Illinois) und Texas, 1964 unter dem Schock der Ermordung John F. Kennedys, und 1976 in den Nachwehen des Watergateskandals. Sie haben in diesen 32 Jahren nur einmal, 1964, die Mehrheit der weissen Wähler für sich zu gewinnen vermocht.

Der *«solid South»*, einer der wichtigsten Bestandteile der von Franklin D. Roosevelt 1932 geschmiedeten Koalition, geht bei den Präsidentenwahlen – nicht aber bei den Kongress- und den Staatswahlen – zu den Republikanern über. Immer noch sind weit mehr Wähler als Demokraten registriert, denn als Republikaner. Die Erfolge der Republikaner deuten auf eine Neuorientierung der Wählerschaft hin. Die Vorstellung, dass nur die Popularität des republikanischen Kandidaten den Ausschlag gegeben habe – Richard Nixons zwei Wahlsiege liefern den Gegenbeweis – kann die Demokraten zum Fehlschluss verleiten, sie müssten nur einen zügigeren Kandidaten finden, um wieder zu gewinnen. Sollten sie auf dieser irrigen Auffassung beharren, dann blieben Republikaner bis in das nächste Jahrzehnt im Weissen Haus.

Erstarken der Konservativen

Die zweimalige Wahl Eisenhowers war nicht zuletzt auf sein Prestige als Sieger der Feldzüge in Nordafrika und in Europa zurückzuführen. Seit dem Ende der sechziger Jahre zeichnet sich jedoch eine Bewegung nach rechts in der Wählerschaft ab. Sowohl Richard Nixon wie Gerald Ford wie Ronald Reagan kommen vom konservativen Flügel der Republikanischen Partei. Nixon und Ford führten, nicht zuletzt unter Berücksichtigung der demokratischen Mehrheiten in beiden Häusern des Kongresses, eine zentristische Politik. Reagan dagegen strebt eine Wandlung im Sinne seiner konservativen Ideen an. Die These, dass die Wähler am 6. November mit dem klaren Willen an die Wahlmaschinen gegangen seien, einerseits Reagan zum Sieg zu verhelfen, anderseits ihm die Mehrheit im Repräsentantenhaus zu verweigern, trägt nicht den politischen Strukturen in den Einzelstaaten Rechnung, die wesentliche Verschiebungen verhindern.

Die Mandatsinhaber geniessen einen Vorsprung vor neuen Bewerbern. Von den 435 Mitgliedern des Repräsentantenhauses stellten sich 409 zur Wiederwahl, und 96 Prozent von ihnen kehren im Januar nach Washington ins Capitol zurück. Von den 26 «freien» Sitzen gewannen die Republikaner 19; sie verloren einige andere, so dass sich ihr Gesamtgewinn auf 14 Repräsentantenmandate beläuft. Republikaner werfen Reagan vor, er habe sich erst in den letzten acht Tagen für Kongressmitglieder eingesetzt und vorher nur daran gedacht, für sich selbst einen möglichst durchschlagenden Erfolg herauszuschaffen. Sein persönlicher Einsatz für Kongressmitglieder hätte in einigen Wahlbezirken den Ausschlag zugunsten der Republikaner geben können, aber nie ausgereicht, um seiner Partei die Mehrheit im Repräsentantenhaus zu verleihen.

Nach den Wahlen wurde eifrig die Frage erörtert, ob Reagan ein «Mandat» für die Durchführung seiner Pläne erhalten habe. «Tip» O'Neill, der demokratische Vorsitzende des Repräsentantenhauses, ging so weit, zu erklären, es gebe «kein Mandat da draussen», und allenfalls habe der Kongress ein Gegenmandat der Wählerschaft erhalten. Das Konzept eines «Mandats» ist aus dem parlamentarischen System übernommen worden – ähnlich wie dasjenige eines «Interregnums» im Falle eines Präsidentenwechsels. Es passt nicht auf Amerikas Präsidialsystem. John F. Kennedy hatte mit Recht festgestellt, eine Stimme Mehrheit verleihe ein «Mandat». Der Präsident ist nicht vom Vertrauen des Kongresses abhängig. Seiner Geschicklichkeit ist es überlassen, sein Programm durchzusetzen oder, wie es Jimmy Carter widerfuhr, damit zu scheitern. Sowohl Reagan wie sein ziviler Stabschef, James Baker, einer der wichtigsten Urheber des Wahlsiegs, lehnten es ab, ein «Mandat» für den Präsidenten in Anspruch zu nehmen.

Reagans Wähler

Reagan hat bei allen Altersklassen Mehrheiten errungen, vor allem aber bei der jüngsten, den Wählern im Alter von 18 bis 24 Jahren. Bei diesen finden die Republikaner ihr hoffnungsvollstes Potential. Zwei Elemente zogen die Jungen an, der neubelebte Patriotismus und die positive Entwicklung der Wirtschaft. Günstige Zukunftsaussichten scheinen sich ihnen zu eröffnen. Bei den Bezügern von Renten der Social Security (AHV-IV) verfing die demokratische Propaganda nicht, Reagan werde die Versicherungsleistungen stutzen. Von den verschiedenen Einkommensschichten stimmten nur diejenigen mit einem Einkommen von unter zehntausend Dollar für Mondale.

Mondale vermochte die Elemente von Roosevelts Koalition nicht zusammenzuhalten. Ihm blieben in erster Linie die Schwarzen treu, welche nach den *«exit polls»,* Umfragen nach der Stimmabgabe, zu 88 bis 90 Prozent für ihn stimmten. Sie haben in den letzten Jahrzehnten regelmässig mit an Ausschliesslichkeit grenzenden Mehrheiten für die Demokraten gestimmt. Ihre Führer werfen Reagan vor, er sondere sich von den Schwarzen ab. Das gleicht der Schlagzeile in einer englischen Zeitung, die bei Nebel über den Kanal schrieb: *«Der Kontinent ist abgeschnitten.»* Die Schwarzen lehnen sich nicht erst seit Reagan, sondern seit Franklin Roosevelt einseitig an die Demokraten an. Sie verlieren dadurch ihren politischen «Marktwert». Im Repräsentantenhaus haben sie einen Sitz verloren, es bleiben dort noch 19 Schwarze, alles Demokraten.

Mit starker Mehrheit, 70 gegen 30 Prozent, blieben auch die Juden bei der Demokratischen Partei, der sie traditionell den grösseren Teil ihrer Stimmen liefern. Jesse Jacksons Antisemitismus schreckte sie offenbar weniger als der einen christlichen Staat anvisierende Fundamentalismus einiger weisser protestantischer Prediger. 66 Prozent der Protestanten sprachen sich für Reagan aus, obwohl die mehrheitlich protestantischen Schwarzen für Mondale stimmten. Für Reagan traten 56 Prozent der Katholiken ein, zehn Prozent mehr als vor vier Jah-

ren, obwohl Geraldine Ferraro sich um die Vizepräsidentschaft an der Seite Mondales bewarb. Der Konflikt mit den Bischöfen wegen ihrer Einstellung zur Abtreibung hat ihr ohne Zweifel geschadet. Auch unter den Italienisch-Amerikanern vermochte Geraldine Ferraro Reagan nicht die Mehrheit abzujagen. Nur 56 Prozent der Hispanics, auf die Mondale besonders gezählt hatte, wandten sich dem demokratischen Kandidaten zu.

In den Vorwahlen hatte Jesse Jackson, der schwarze Prediger, eine sogenannte Regenbogenkoalition zusammenzuschmelzen versucht. Es zeigte sich aber, dass die Hispanics gar nicht viel mit den Schwarzen gemeinsam haben und dass unter ihnen, z. B. zwischen den Kubanisch-Amerikanern in Florida und den Mexikanisch-Amerikanern im Südwesten sowie den Puertorikanern, gewaltige Unterschiede bestehen. Die Regenbogenallianz bleibt deshalb eine Chimäre. Weder die Orientalen noch die Indianer fühlen sich, ebensowenig wie die Hispanics, darin zu Hause. Diese gewannen einen Sitz im Repräsentantenhaus, wo sie jetzt durch neun Demokraten und einen Republikaner vertreten sind.

Niederlage der Gewerkschaften

Mondale hatte gehofft, dass er der Blaukragenarbeiter im *«Rust belt»* sicher sei, wo die «Hochkaminindustrien» um ihr Überleben kämpfen, wo Automobil-, Stahl- und Gummiwerke stilliegen, während Textil- und Schuhfabriken schon früher verschwunden sind. Die AFL-CIO, der Dachverband der Gewerkschaften, hatte sich, unter Bruch einer alten Tradition, schon in den Vorwahlen für Mondale ausgesprochen. Auch die nicht dem Gewerkschaftsbund angehörende grösste Lehrergewerkschaft sowie der Berufsverband der Journalisten (sic) hatten sich von Anfang an für Mondale eingesetzt. Nur die zahlenmässig stärkste Gewerkschaft, die Teamsters, hielt zu Reagan. 45 Prozent der Familienmitglieder von Gewerkschaftern verweigerten den Parolen der für Mondale werbenden Gewerkschaftsführer die Gefolgschaft. Lane Kirkland, der Präsident der AFL-CIO tröstet sich damit, dass er wenigstens die Aufstellung Gary Harts als Präsidentschaftskandidat der Demokraten verhindert habe. Aber die Gewerkschaften gehören zu den grossen Verlierern der Wahlen. Weder die AFL-CIO noch die dieser angeschlossene, einst von Reagan geleitete, jetzt von Ed Asner nach links gesteuerte Filmschauspielergewerkschaft sandten dem Sieger das übliche Glückwunschtelegramm.

Geraldine Ferraros Einfluss

Geraldine Ferraro vermochte nicht die von den Feministinnen erwartete Wendung herbeizuführen. Reagans Stimmbetreffnis bei den Frauen stieg im Vergleich mit 1980 von 47 Prozent auf 54 Prozent, aber es blieb um acht Prozent unter dem der Männer. Ein «gender gap» – die Differenz zwischen den Stimmen der Männer und der Frauen – besteht, aber erweist sich als keineswegs entscheidend. Die Ernennung von Geraldine Ferraro hat wahrscheinlich für die Wahl einer Frau zur Vizepräsidentin bei den nächsten oder übernächsten Wahlen den Weg bereitet.

Mondale hatte sich unter dem Druck der Feministinnen, die ein Veto gegen die Ernennung eines südstaatlichen Politikers einlegten und mit einem Wahlkampf am Parteikonvent, wie 1972, drohten, nicht die richtige Frau ausgesucht. Es gab bessere und weniger durch Finanzprobleme belastete Bewerberinnen bei den Demokraten, vor allem unter den schwarzen Frauen. Und die Republikaner verfügen über ein weit grösseres Reservoir an politisch versierten Frauen als die Demokraten. Ein Mitglied des Obersten Gerichtshofs, die beiden einzigen weiblichen Senatorinnen und die Hälfte der 22 Frauen im Repräsentantenhaus sind Republikanerinnen. Die beiden Staatsgouverneurinnen dagegen gehören der Demokratischen Partei an.

Die Frauen haben ihre Sitze im Kongress nicht zu vermehren vermocht. Aber sie haben offenbar den Ausschlag gegeben in drei Senatswahlen: in Illinois, Massachusetts und Michigan, in allen Fällen zugunsten der Demokraten. Beizufügen wäre, dass Senator Percy, der Vorsitzende der Senatskommission für Auswärtiges, durch eine de-facto-Koalition von Demokraten und Ultrakonservativen zu Fall gebracht worden ist.

Fehlschlüsse

Die amerikanischen Journalisten flogen auch diesmal wie ein Schwarm von Staren gemeinsam von einem Futterplatz zum andern, die Fernsehleute an der Spitze. Schon Walter Lippmann hatte diesen «pack journalism» (Rudeljournalismus) kritisiert. Einmal griffen so gut wie alle Zeitungen das *«gender gap»* auf und «bewiesen», dass Reagans Aspirationen darin untergehen würden. Dann kam der *«registration drive»* unter der Ägide des schwarzen Predigers Jesse Jackson. Von den 174 Millionen wahlberechtigten Bürgern im Alter von über 18 Jahren sind nur 127 Millionen registriert und damit in der Lage, an Wahlen teilzunehmen. 92 Millionen haben die Stimme abgegeben. Die Nichtregistrierten oder Nichtstimmenden bilden ein enormes Wählerpotential. Als Jesse Jackson seine Kampagne begann, rechneten unzählige Journalisten aus, dass Reagan dank der Zunahme der Stimmen der Schwarzen die Südstaaten verlieren werde. In Wirklichkeit vermochten die Republikaner, dank guter Organisation, landesweit mindestens so viel oder noch mehr Wähler neu zu mobilisieren als die Demokraten. Das Auftauchen Jesse Jacksons bewirkte einen *«backlash»* der Weissen, der Reagan den Sieg in sämtlichen Südstaaten ermöglichte.

Schliesslich kam der *«Ferraro factor»* nach der Ernennung der Repräsentantin aus dem New Yorker Stadtteil Queens. Frau Ferraro wurde hochgejubelt («the Queen of Queens»), bis sich herausstellte, dass sie der zuständigen Kongresskommission Angaben über die Finanzen ihres Mannes verweigert hatte, mit der Begründung, sie wisse nichts davon und sie ziehe daraus keinen Nutzen. Falsche Angaben vor dieser Kommission werden als Vergehen bestraft. Im Laufe der Enthüllungen zeigte sich, dass das «Mädchen aus dem Volk» und ihr Mann mehr Vermögen haben als die «Plutokraten» Reagan und Bush. Der *«Ferraro factor»* verwandelte sich in den Zeitungen zu einem

«Ferraro furor» und schliesslich zu einem *«Ferraro fiasco»* (mit Alliterationen wird nicht gespart).

Zum Schluss kamen die Diskussionen über das «Mandat», welches Reagan angeblich nicht errungen hat. Jesse Jackson hänselte die Presse mit seiner Erzählung, er sei zu Fuss über das Wasser gelaufen, worauf die Zeitungen geschrieben hätten: *«Jesse kann nicht schwimmen!»*

Das Alter des Präsidenten

Das Altersproblem rutschte ebenfalls in diese Kategorie der Berichterstattung. An und für sich ist es durchaus berechtigt, zu fragen, ob ein Mann mit fast 74 Jahren ein zweites Mal für vier Jahre das überaus schwierige Präsidentenamt übernehmen solle. Jedermann kennt Reagans Alter. Jedermann kennt seine Arbeitsweise, die ihn physisch nicht überlastet oder intellektuell mit Details beschwert. Man sieht, dass er seit 1980 nicht wesentlich gealtert ist – anders als Jimmy Carter während seiner Amtszeit, der von Monat zu Monat grauer und runzeliger wurde. Reagan färbt seine Haare nicht; auch sein zwei Jahre älterer Bruder weist fast keine grauen Haare auf. Der Präsident arbeitet gerne auf seiner Ranch. Er trainiert sich jeden Morgen mit Gewichtheben und ist stolz darauf, dass er seinen Brustumfang in vier Jahren um anderthalb Inches erweitert habe. Nachdem bekannt wurde, dass er in langweiligen Kabinettssitzungen manchmal eindöst, wehrte er Bemerkungen darüber mit dem Scherz ab, er habe seinem Stab Weisung erteilt, ihn jederzeit zu wecken, selbst während einer Kabinettssitzung.

In Pressekonferenzen sucht Reagan – nicht nur er – zuweilen nach dem passenden Wort oder verspricht sich. Das passierte ihm auch während der ersten Fernsehdebatte mit Mondale. Doch diesmal wurden seine Fehler seinem Alter zugeschrieben. Wie das kam, ist bezeichnend für Presse und Politik. Nach jedem Auftritt eines Kandidaten schwärmen die «spin doctors» aus, welche die Presse und durch diese das Volk zu überzeugen suchen, dass «ihr» Mann oder «ihre» Frau etwas Wichtiges gesagt oder über den Gegner einen Erfolg errungen habe. Sie geben den Worten des Kandidaten einen Drall wie einem Tennisball.

Nach der ersten Debatte zwischen Reagan und Mondale vom Sonntag, 7. Oktober, sprach Tony Coelho, Mitglied des Repräsentantenhauses und einer der Leiter der Wahlkampagne der Demokraten, im Flugzeug zu den heimkehrenden Journalisten und behauptete, Reagan habe beträchtliche Alterserscheinungen gezeigt.

Am Dienstag veröffentlichte *«The Wall Street Journal»* einen langen Bericht über dieses Thema. Die *«Washington Post»* brachte in einer Nummer gleich fünf Artikel darüber. Während Mondale unmittelbar nach der Debatte nur von einer geringen Mehrheit als «Sieger» bezeichnet wurde, nach einer Umfrage des Fernsehnetzes ABC von 39 gegen 38 Prozent, sank Reagans Kurs im Laufe der folgenden Woche rapid auf 55 gegen 18 Prozent. Dann hörte die Kampagne plötzlich auf, weil sich herausstellte, dass die über 60 Jahre alten Wähler, um die Mondale besonders warb, sich betroffen fühlten. Der *«age issue»* wurde vollends beigelegt, als Reagan in der zweiten Debatte scherzte, er halte

Mondale sein jugendliches Alter und seine Unerfahrenheit nicht vor. Dass ein echtes Problem durch einen *«spinner»* aufgeworfen werden muss und dann durch einen Scherz beseitigt werden kann, stimmt bedenklich. In den Debatten glitten die beiden Kandidaten mit dem Tiefgang von zwei «Hovercrafts» über die Fragen hinweg. Mit dem Alter hat das nichts zu tun.

Mondales Versprechungen

Eine Politik wird zwar nicht nur nach ihrem Inhalt, sondern auch nach ihrem Stil eingeschätzt. Im Stil war Reagan seinem Gegner ohne Zweifel überlegen. Doch damit hatte es nicht sein Bewenden. Beide Politiker und ihre Ideen sind dem Volk seit zwanzig Jahren bekannt. Mondale ist der «Liberal», der auf sein Mitgefühl für die Armen pocht und dem Bund die Lösung der sozialen Aufgaben übertragen will. Er räumte dem *«Freeze»* der Nuklearwaffen, «die erste Priorität» ein und versprach, sogleich nach der Wahl, Tschernenko zu einem Gespräch nach Genf einzuladen, als ob die sowjetisch-amerikanischen Spannungen nur auf einem Missverständnis der Führer beruhten. Den *«Freeze»* hat Zbigniew Brzezinski, der Sicherheitsberater der Regierung Carter und Mondale, als *«schlechten Witz»* abgetan. Fremdwörterliebende Journalisten bezeichnen den Begriff «verifizierbares Einfrieren» als Oxymoron, als Widerspruch in sich selbst.

Mondale «versprach» dem Volk Steuererhöhungen zur Deckung der Budgetdefizite und eine Reduktion der von Reagan zusammen mit Steuersenkungen durchgesetzten Indexierung der Steuern, welche ein automatisches Aufrutschen in höhere Abgabenkategorien wegen des Teuerungsausgleichs verhindert. Steuererhöhungen sind nie populär. Mondale, dem sonst nachgerühmt wurde, er wage es, vorsichtig zu sein, erwies sich in diesem Fall als verwegen. Er proklamierte sich als Anhänger einer nach Sozialismus riechenden, aber nicht genau umschriebenen *«Industriepolitik»* und schwenkte auf den protektionistischen Kurs der AFL-CIO ein, welche den Erlass einer «domestic content act» befürwortet, die das Einsetzen von einheimischen Bestandteilen in alle importierten Industrieprodukte zur Pflicht erheben würde. Ein Arbeitsbeschaffungsprogramm sollte, nach Mondale, die Zahl der Arbeitslosen reduzieren. Auch unter Reagan sind ungefähr sechseinhalb Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen worden.

Mondale warf Reagan vor, er begünstige die Reichen und benachteilige die Armen. Dieser «fairness issue» zog jedoch nicht. Mondale sieht ein Land voll von Armen, Hungernden und Obdachlosen. Er erschien als Erbe Carters, der eine Zukunft von schwindenden Nahrungsmitteln und Rohstoffen (vor allem Erdöl) erblickte, welche zum Engerschnallen der Gürtel und Änderung des Lebensstils führen müsste. Mondale ist ein Überbleibsel einer im wesentlichen gescheiterten Regierung und ihres Weltbilds.

Reagans Optimismus

Reagan dagegen tritt als der unerschütterliche Optimist auf. Er glaubt an das, was er sagt. Wirtschaft und

Gesellschaft befinden sich nach seiner Meinung im Aufstieg. *«Man hat noch gar nichts gesehen»*, verkündet er; *«die besten Tage kommen erst.»* Amerika stehe wieder gross da. Nationalstolz und Patriotismus werden neu belebt. Die Zeit ist vorbei, in der Susan Sontag, eine literarische Sibylle in New York, mit dem Ausruf Beifall ernten konnte: *«Die weisse Rasse ist das Krebsübel der Menschheit.»* Der Patriotismus ist nicht bloss eine Mode, wie die *«Washington Post»* noch bis in den Spätsommer hinein schrieb. Er hat besonders die Jungen zu Reagan hingezogen. Die jüngste Wählergruppe sprach sich mit grosser Mehrheit für Reagan aus.

Aber auch die etwas älteren Abkömmlinge des «baby booms» der Jahre unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, die *«yuppies»* oder *«yumpies»* (young upwardly mobile professionals), die zuerst mit Gary Hart sympathisierten, fanden sich schliesslich in Reagans Reihen. Jeane Kirkpatrick, eine Demokratin, schlug am Parteikongress der Republikaner eine Note an, die weit herum Widerhall fand, als sie im Refrain die «Demokraten von San Francisco» anklagte: *«And then, they always blame America first.»* Die Schuldsüchtigkeit der amerikanischen Intelligenzia ist der Volksmehrheit unerträglich geworden.

Reagans Ideen sind höchst unkompliziert, aber sie werden von seiner Überzeugung getragen. Reagan empfindet das Präsidentenamt nicht als Last – wie Jimmy Carter. Und er hat bisher Glück gehabt. Die «Fortüne», die Friedrich II. von seinen Generälen verlangte, ist ihm treu geblieben. Er ist kurz nach seiner Amtsübernahme mit dem Leben davon gekommen, als er von der Kugel eines Attentäters schwer verletzt wurde. Das Abserbeln der Sowjetführer hat ihm schwere Herausforderungen erspart. Die Erdölpreise sinken. Schliesslich hat ihm das Wahlglück Mondale als Gegner beschieden.

Reagan ist hochgekommen, als sich das politische Zentrum im Lande nach rechts verschob, als die Mehrheit der Staatsinterventionen überdrüssig wurde und als der Föderalismus wieder erstarkte. Die meisten Staaten und Städte befinden sich heute in einer besseren Finanzlage als vor vier Jahren, obwohl ihnen Reagan mehr Aufgaben anlastete; sie mussten die Steuern erhöhen, haben das aber gut verkraftet.

Führungsqualitäten

Die Volksmehrheit empfindet Reagan nach Meinungsumfragen als starken Führer. Zwei energische Aktionen haben dieses Bild geprägt: Die Entlassung von 12 000 Luftlotsen, die in einen illegalen Streik getreten waren, und die Intervention in Grenada. Gemäss den noch unter Carter gefassten NATO-Beschlüssen wurde mit der Verlegung der Mittelstreckenwaffen nach Europa begonnen. Reagan liess sich weder durch die sowjetischen Drohungen noch durch die grellen Warnschreie der journalistischen Stare beirren. Seiner Aussenpolitik waren weder in Zentralamerika (ausser der Durchführung von demokratischen Wahlen in El Salvador) noch im Mittleren Osten wesentliche Erfolge beschieden. Die von ihm angekündigte enge Zusammenarbeit mit Mexiko und Kanada bleibt noch zu verwirklichen.

Aber Reagan hat den Frieden mit Ausnahme geringer Abweichungen erhalten.

Der Präsident hat ferner die Wirtschaft nach vorübergehender Rezession wieder auf den Weg der Prosperität geführt, ohne die zurückgedämmte Inflation wieder in Gang zu setzen. Er hat die Steuern um 25 Prozent gesenkt. Gleichzeitig wurden die Verteidigungsausgaben erhöht. Jedoch die Quadratur des Zirkels, bei Steuersenkungen und Steigerung der Verteidigungsausgaben Budgetdefizite nie gesehenen Ausmasses zu verhindern, ist ihm nicht gelungen. Der Zuwachs der Staatsausgaben wurde gebremst. Die Defizite im Staatshaushalt verhindern eine neue Ausgabenpolitik; sie haben Diskussion über Sozialfragen auf andere Geleise gelenkt.

Überwindung des Malaise

Reagan hat mit einer Anzahl Erfolgen im Kongress bewiesen, dass das Land wieder regiert werden kann. Viele Beobachter hatten nach den Wirren der sechziger Jahre, dem Watergateskandal und der Niedergeschlagenheit nach dem verlorenen Vietnamkrieg daran gezweifelt. Das Malaise ist überwunden; das Volk legt wieder Selbstvertrauen an den Tag. Noch längst nicht alle Probleme sind gelöst. Es herrscht noch Arbeitslosigkeit. Die Haushaltsdefizite dräuen. Das Versprechen, *«to give the government back to the people»,* ist nur zum Teil eingelöst. Durch die Rüstungsgelder ist zwar eine neue Infrastruktur aufgebaut worden von kleinen und mittleren Unternehmen, die nicht mehr existiert hatte, aber manche Kredite sind in fragwürdige Kanäle versickert. Die Zahl der Interkontinentalmissile MX hatte Reagan schon von Anfang an auf hundert halbiert, und es ist fraglich, ob auch nur diese gebaut werden.

Was nun?

Reagan ist es in höherem Mass gelungen, die öffentliche Meinung zu gestalten, als das seine Vorgänger seit 1965 vermocht hatten. Das Prinzip *«Klein ist schön»,* hat sich nicht durchgesetzt. Reagan hat im Wahlkampf kein neues Programm dargelegt. Er verspricht, weiterzuführen, was er angefangen hat. Er will den Frieden suchen und eine echte Reduktion der Nuklearwaffen anstreben. Dazu braucht es jedoch die Mitwirkung des sowjetischen Gegenparts. Henry Kissinger meint, Reagan gehe es jetzt um seinen Platz in der Geschichte, nachdem er seinen letzten Wahlkampf bestritten hat. Um sich einen guten Platz zu sichern, wird sich Reagan um den Frieden bemühen und die Prosperität erhalten. Er wird die Verteidigung weiter verstärken, und er sieht darin keinen Widerspruch zu den Friedensbemühungen, sondern nur einen grösseren Anreiz für Moskau, auf Verhandlungen einzutreten.

Die Innenpolitik wird sich auf die Reduktion der Defizite konzentrieren. Reagan glaubt, dass diese mit dem Anwachsen der Prosperität und den damit verbundenen höheren Einnahmen und geringeren Fürsorgeausgaben verschwinden könnten. Er will weitere Einsparungen bei den Staatsausgaben erzielen durch Verwirklichung eines Teils der nicht durch-

wegs realistischen 2478 Vorschläge der Grace-Kommission. Die Steuergesetzgebung, die Jimmy Carter als eine Schande der Menschheit bezeichnet hatte, soll endlich vereinfacht werden. Wie weit die Kunst des Möglichen gehen kann, bleibt abzuwarten.

Verfassungszusätze

Auf Reagans Wunschliste stehen vier Vorschläge für Verfassungszusätze, die heftig umstritten werden. Da steht zunächst das Projekt eines obligatorischen Budgetausgleichs. Es wirkt anachronistisch in einem Moment, in dem riesige Defizite sich auftürmen. Zum voraus geplante Ausnahmen würden es wahrscheinlich unwirksam machen, selbst wenn es den komplizierten Gang der Verfassungsamendierung erfolgreich durchlaufen sollte.

Reagan verlangt nicht ausdrücklich ein Verbot des Schwangerschaftsabbruchs durch Verfassungszusatz und damit die Aufhebung der Entscheide des Obersten Gerichtshofs, aber er widersetzt sich dem Plan nicht und betrachtet ihn mit Wohlwollen. Die Diskussionen zwischen den römisch-katholischen Bischöfen einerseits und den katholischen Politikern, Geraldine Ferraro und Gouverneur Cuomo von New York in vorderster Front, brachten ans Licht, wie sehr sich die Geister scheiden. Auf der gleichen Seite wie die Bischöfe kämpfen fundamentalistische Protestanten, wie der Pfarrer Jerry Falwell, die sonst für Katholiken, milde gesagt, nicht viel übrig haben.

Schliesslich möchte Reagan freiwillige Gebete in öffentlichen Schulen wieder einführen, die der Oberste Gerichtshof als unvereinbar mit dem Grundsatz der Trennung von Kirche und Staat bezeichnet hat. Auf dem Weg der Gesetzgebung sollten ferner Steuererleichterungen für Eltern eingeführt werden, die ihre Kinder in Privatschulen schicken. Dagegen sträuben sich die Vorkämpfer des Primats der öffentlichen Schulen.

Reagan verficht ausserdem einen Plan, das Vetorecht des Präsidenten zu erweitern, so dass es nicht mehr nur gegen ganze Gesetze, sondern einzelne Bestandteile eines Gesetzes (line item veto) ausgeübt werden könnte. Der Präsident glaubt, damit den Kongress zum Sparen anhalten zu können. Der Kongress dagegen wehrt sich gegen jede Schmälerung seiner Prärogativen.

Selbstkritik bei den Demokraten

Um ein Regierungsprogramm zu verwirklichen braucht es Jahre, besonders wenn es im einzelnen noch gar nicht formuliert ist. Zwei Jahre sind in der Regel nötig, um ein Gesetz durch den Kongress zu bringen. Mit einem Verfassungszusatz geht es noch länger. Während Reagan seine Pläne weiter verfolgt, ringen die Demokraten um Klarheit über die Ursachen ihrer Niederlagen und über die künftige Taktik und Strategie. «Tip» O'Neill empfiehlt Obstruktion im Repräsentantenhaus gegen Reagan; wenn der populäre Präsident abgetreten sei, werde schon wieder ein Demokrat ans Ruder kommen. Hamilton Jordan, der Urheber von Jimmy Carters erfolgreicher Wahlstrategie von 1976, hält dafür, dass O'Neills Weg ins Unheil führe. Marc Siegel, ein einflussreicher demokratischer Aktivist, meint: *«Die O'Neill-Mondale-Partei muss weg.»*

Henry Cisneros, Mayor von San Antonio in Texas, warnt: *«Eine Partei, die sich nur aus Minderheiten zusammensetzt, wird immer eine Minderheit bleiben.»* In der Vorwahlperiode schien es, als ob die Demokraten die Amerikaner als ein Volk von Schwarzen, Hispanics, Feministinnen, Gewerkschaftsfunktionären, Lehrern und Homosexuellen betrachteten, von Vertretern besonderer Interessen, welche Mondale umwerben und am Parteikonvent befriedigen musste, um auf den Schild gehoben zu werden. David Broder, einer der besten Kenner des Wahlprozesses unter den Journalisten, witzelte: *«Wer so nach dem Präsidentenamt strebt, dass er dieses unter dem gegenwärtigen System zu erringen sucht, sollte disqualifiziert werden, weil er geisteskrank ist.»*

Fehler Mondales

Die Demokratische Partei hat es in der Hand, das von ihr praktizierte Verfahren ein weiteres Mal zu revidieren. Ihren Führern muss zu denken geben, dass Reagan in North Carolina und Maryland obsiegte, wo die registrierten Demokraten im Verhältnis von drei zu eins die Oberhand über die Republikaner haben, und in Massachusetts, wo sie mit vier zu eins führen. Aus taktischen Fehlern Mondales sollten Lehren gezogen werden. O'Neill forderte Mondale auf, die Rolle des *«Fighting Fritz»* zu übernehmen und hemdsärmlig gegen Reagan zu poltern und zu wettern. Das lag dem Pfarrerssohn aus Minnesota nicht, und es trug der Theorie Marshall McLuhans nicht Rechnung, dass laute Aggressivität am «kühlen Medium» des Fernsehens kontraproduktiv wirkt. Nach der Niederlage schimpfen nun viele Demokraten in den Zeitungen über die mangelnde Einsicht des Volkes, das Reagan in 49 von 50 Staaten den Erfolg über den viel mitfühlenderen Mondale verlieh. Frei nach Bert Brechts Gedicht *«Die Lösung»* könnte man diesen Kritikern entgegenhalten: Wäre es da nicht einfacher, die Partei löste das Volk auf und wählte ein anderes?

Hans E. Tütsch

Peking, Hongkong, Taiwan

Die aktuelle und die hypothetische Wiedervereinigung

Am 26. September 1984 haben die Regierungen der Volksrepublik (VR) China und des Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Nordirland eine «Gemeinsame Erklärung» über die «Hongkong-Frage» paraphiert und damit ein weiteres Kapitel der europäischen Kolonialgeschichte abgeschlossen, da nicht anzunehmen ist, dass der vorliegende Entwurf des Vertragswerks an den Hürden der Ratifizierungsverfahren scheitern wird.

Nach diesen Vereinbarungen – bestehend aus einer Gemeinsamen Erklärung, drei Anhängen und zwei Memoranden – wird die britische Regie-

rung Hongkong am 30. Juni 1997 an China zurückgeben; und die chinesische Regierung wird ab dem 1. Juli 1997 ihre Souveränität über Hongkong wieder ausüben. Hongkong wird ein Sonderverwaltungsgebiet der VR China werden und als solches *«einen hohen Grad an Autonomie geniessen»*, wie es in der Gemeinsamen Erklärung heisst. Nach dem Konzept *«ein Land, zwei Systeme»* soll das gegenwärtige gesellschaftliche und wirtschaftliche System in Hongkong 50 Jahre lang unverändert bleiben.

Die Zukunft wird zeigen, ob es gelingen wird, ein sozialistisches und ein kapitalistisches System unter einer von einer kommunistischen Partei geführten Zentralregierung so zu vereinen, dass eine fruchtbare Koexistenz möglich sein wird. Einstweilen muss man sich damit begnügen, zur Kenntnis zu nehmen, dass die VR China die wirtschaftliche Prosperität und die gesellschaftliche Stabilität Hongkongs aufrechterhalten und schützen will und dass die Formel *«ein Land, zwei Systeme»* aus der heutigen Sicht Pekings ein realistisches, den Tatsachen Rechnung tragendes Konzept ist.

Huan Xiang, ein bekannter Ökonom und Experte für internationale Fragen in der VR China, beispielsweise, schreibt diesbezüglich in seinem Aufsatz über die Hongkong-Frage in Nr. 41 der *Beijing Rundschau* (*BR*) vom 9. Oktober 1984 unter dem Titel «Ein Abkommen von historischer Bedeutung»: *«Das Konzept ‚ein Land, zwei Systeme' ist sowohl das Ergebnis einer allseitigen theoretischen Auseinandersetzung unserer Partei und Regierung über den Verlauf des modernen sozialistischen Aufbaus, als auch eine wichtige Politik, die sie unter Berücksichtigung der historischen Umstände und der Respektierung der Realität aufgestellt haben. Sie ist keineswegs ein Notbehelf und wird unbedingt entschlossen durchgeführt werden.»*

Unterschiede zwischen Hongkong und Taiwan

Die Frage, ob die vorgesehene Regelung der Zukunft Hongkongs Modellcharakter für die geplante Wiedervereinigung Pekings mit Taipei haben könnte, ist naheliegend. Sie wird in Peking bejahend, in Taipei verneinend beantwortet. Auf beiden Seiten der Taiwan-Strasse ist man indessen bereit, der Antwort ein «aber» folgen zu lassen, wodurch das Ja und das Nein relativiert werden. (Die Begriffe Peking und Taipei werden in diesem Aufsatz stellvertretend für die Begriffe VR China und Republik China bzw. für ihre Regierungen gebraucht.)

In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass die Probleme zwischen Peking und Hongkong und jene zwischen Peking und Taipei in mancher Hinsicht gar nicht vergleichbar sind. Im Falle von Hongkong handelt es sich um die Wiederherstellung der chinesischen Souveränität über Gebiete, die Grossbritannien dem Reich der Mitte im 19. Jahrhundert abgetrotzt hatte und die nach 1997 praktisch weder vertraglich noch militärisch zu halten gewesen wären.

Im Falle von Taiwan ist der Sachverhalt anders. Für Peking ist Taiwan eine Provinz, die zwar zur VR China gehört, aber noch nicht unter ihrer Herrschaft steht. Aus der Sicht Taipeis dagegen ergibt sich folgendes Bild:

1. Taipei ist nicht nur eine Provinzhauptstadt, sondern zugleich die provisorische Hauptstadt der 1912 gegründeten Republik China; 2. Taipei regiert nicht nur über die Provinz Taiwan und über die Pescadores oder die Penghu-Inseln, sondern auch über Matsu und Kinmen (Quemoy), über Teile der Provinz Fujian also, sowie über einen Teil der Spratly-Inseln, die allerdings nicht nur von China beansprucht werden, und über einige andere Inseln; 3. Taipei ist – im Gegensatz zu Hongkong – militärisch nicht wehrlos; nach eigenen Angaben verfügt Taipei über mehr als eine halbe Million Truppen und besitzt mehr als drei Millionen Reservisten, deren gemeinsame Schlagkraft im Verteidigungsfalle beträchtlich ist; 4. Taipei hat bis 1971, als es durch Peking ersetzt wurde, China in der UNO vertreten.

Immerhin, völlig gegenstandslos ist der Vergleich mit Hongkong auch wieder nicht. Sowohl Taipei als auch Hongkong unterscheiden sich in Wirtschaft und Gesellschaft von der VR China, die sich bei allen Reformen offiziell nach wie vor auf dem sozialistischen, den Kommunismus anvisierenden Weg befindet. Betrachtet man das Vertragswerk über die Zukunft Hongkongs unter diesem Gesichtspunkt, so wird sogleich deutlich, dass das Konzept *«ein Land, zwei Systeme»* von Peking aus gesehen grundsätzlich auch auf Taiwan anwendbar ist, das bei aller Verschiedenheit von Hongkong doch auch als ein Teil der kapitalistischen Welt betrachtet wird.

Peking hat es denn auch nicht unterlassen, immer wieder auf dieses Konzept hinzuweisen, und hat indirekt zu verstehen gegeben, dass trotz grosser Unterschiede zwischen Hongkong und Taiwan gewisse Berührungspunkte vorhanden sind, die zur Lösung der Frage der Wiedervereinigung beitragen könnten. Peking hegt jedenfalls die Hoffnung, dass die zur Zufriedenheit beider Parteien zustandegekommene Gemeinsame Erklärung zur Hongkong-Frage Taipei veranlassen könnte, der Aufforderung Pekings, sich beidseits der Taiwan-Strasse zusammenzusetzen und die Frage der Wiedervereinigung zu erörtern, endlich Folge zu leisten. In der Erwartung einer Entwicklung in dieser Richtung hat Deng Xiaoping wohl am 11. Oktober 1984 verlauten lassen: *«Chinas Vorschlag für die Wiedervereinigung Taiwans mit dem Vaterland sei noch flexibler, da es Taiwan erlaubt sei, seine eigenen Truppen beizubehalten.»* (*BR* 43/84).

Solche Schalmeientöne scheinen im Augenblick in Taipei kein Gehör zu finden. Vertreter der auf Taiwan herrschenden Kuomintang oder Nationalen Volkspartei und Regierungsbeamte in Taipei haben dem Verfasser dieser Zeilen jedenfalls unlängst klargemacht, dass die Zeit für Verhandlungen noch nicht reif sei, obwohl auch für Taipei die Wiedervereinigung an sich erwünscht sei und Taipei mit Peking die Auffassung teile, dass es nur ein China gebe und geben dürfte.

In diesem Zusammenhang wurde immerhin auch betont, dass man die Vereinbarungen zwischen Peking und London über Hongkong sorgfältig studieren und den Verlauf der weiteren Entwicklung genauestens beobachten und analysieren werde. Damit wurde in Taipei indirekt zugegeben, dass bei aller Verschiedenheit der Probleme das Vertragswerk für Hongkong doch

auch für Taipei von Interesse ist und eine gewisse Signalwirkung haben könnte.

Das Angebot Pekings

Das Verhältnis zwischen Peking und Taipei hat sich im Verlauf der letzten 35 Jahre stark verändert und wird sich zweifellos weiter verändern. Man sollte sich deshalb davor hüten anzunehmen, die Entwicklung dieser Beziehungen sei abgeschlossen und der Gedanke der Wiedervereinigung bleibe eine Utopie; ebenso illusionär allerdings scheint auch die Vorstellung zu sein, die Wiedervereinigung auf dem Verhandlungsweg sei schon in Sicht.

In den fünfziger Jahren wähnten sich beide Seiten noch stark genug, die Einheit Chinas mit Gewalt herbeiführen zu können. Peking sprach dauernd von der Befreiung Taiwans, während Taipei von der Rückeroberung des Festlandes träumte. An Versuchen, dieses Ziel zu erreichen, fehlte es nicht. Nach und nach jedoch müssen beide Seiten zur Einsicht gekommen sein, dass dies kaum ein gangbarer Weg war. Was übrig blieb, war Rhetorik.

Nach der Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zwischen Peking und Washington am 1. Januar 1979 und der damit verbundenen Aufkündigung des Verteidigungsvertrags zwischen Taipei und Washington wurden beide Seiten auch verbal zurückhaltender. Hüben und drüben wurden neue Konzepte entworfen; die Begriffe Befreiung und Rückeroberung wurden fallengelassen. Heute spricht man in Peking und in Taipei von der friedlichen Wiedervereinigung, wobei Peking an die Verwirklichung des Konzepts *«ein Land, zwei Systeme»* denkt, Taipei dagegen die Einheit Chinas auf der Grundlage der *«Drei Prinzipien des Volkes»* – Nationalismus, Demokratie und Wohlergehen des Volkes – von Dr. Sun Yat-sen, dem Vater der Revolution von 1911 und der Republik von 1912, herstellen möchte.

Im Verlauf der letzten Jahre hat Peking mehrere Vorschläge zur Wiedervereinigung Chinas gemacht. Am 1. Januar 1979 z. B. veröffentlichte der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses eine *«Botschaft an die Landsleute auf Taiwan»*, die allgemeine Richtlinien für die friedliche Wiedervereinigung Chinas enthielt. Darin hiess es u. a.: *«Womit können wir unsere Vorfahren trösten, wie können wir uns vor unseren Nachkommen rechtfertigen, wenn wir nicht so schnell wie möglich der gegenwärtigen Spaltung ein Ende bereiten und so schnell wie möglich unser Vaterland vereinigen?»* (*BR* 1/79.) Ferner wurde betont: *«Da die Behörden Taiwans stets für ein China und gegen die Unabhängigkeit Taiwans sind, haben wir mit ihnen einen gemeinsamen Standpunkt und eine gemeinsame Grundlage für die Zusammenarbeit.»* Im weiteren wurde bekanntgegeben, dass Peking den Befehl erteilt habe, die Beschiessung von Jinmen (Kinmen bzw. Quemoy) und anderen Inseln einzustellen. Ausserdem enthielt die Botschaft den Vorschlag, die direkten Kontakte zwischen den Chinesen auf dem Festland und auf Taiwan durch die folgenden vier Massnahmen wiederherzustellen: durch *«Briefwechsel, Besuch von Familienangehörigen und Freunden, gegenseitige Besichtigungen und Reisen sowie Austausch auf dem Gebiet der Wissenschaft und Kultur, des Sports*

und Kunsthandwerks». Sodann hiess es, beide Seiten hätten allen Grund, *«ihren gegenseitigen Handel zu entwickeln, sich gegenseitig zu ergänzen und wirtschaftlichen Austausch zu pflegen»*. Die Wiedervereinigung Chinas wurde schliesslich charakterisiert als *«eine geheiligte Mission, die die Geschichte unserer Generation auferlegt hat»*.

Ein zweites wichtiges Angebot machte Peking am Vorabend des 32. Nationalfeiertags der VR China. Am 30. September 1981 gewährte der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses der VR China, Ye Jianying, einem Xinhua-Korrespondenten ein Interview, in welchem er die Politik Pekings «für die Rückkehr Taiwans zum Vaterland und die friedliche Wiedervereinigung» in neun Punkten erläuterte. Der Text dieser neun Punkte lautet:

1. Um der unheilvollen Spaltung der chinesischen Nation möglichst schnell ein Ende zu setzen, schlagen wir vor, dass die KP Chinas und die Kuomintang auf der Grundlage der Gleichberechtigung Gespräche miteinander aufnehmen, um eine dritte Zusammenarbeit in die Wege zu leiten und so gemeinsam zur grossen Sache der Wiedervereinigung des Vaterlandes beizutragen. Beide Seiten können einen Meinungsaustausch zuerst über Kontaktpersonen aufnehmen.

2. Der sehnlichste Wunsch aller Nationalitäten auf beiden Seiten der Taiwan-Strasse ist es, miteinander Verbindung aufzunehmen, Verwandtenbesuche abzustatten, den Handel zu entwickeln und das gegenseitige Verständnis zu fördern. Wir schlagen vor, dass beide Seiten Massnahmen zur Förderung der Postverbindungen, des Handels, des Luft- und Schiffsverkehrs, von Verwandtenbesuchen und des Tourismus wie auch des akademischen, kulturellen und sportlichen Austausches ergreifen und entsprechende Abkommen schliessen.

3. Nach der Wiedervereinigung des Landes kann Taiwan als Region unter besonderer Verwaltung weitestgehende Autonomie geniessen und seine Streitkräfte behalten. Die zentrale Regierung wird sich nicht in die regionalen Angelegenheiten Taiwans einmischen.

4. Das gegenwärtige Gesellschafts- und Wirtschaftssystem Taiwans, seine Lebensweise und seine wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit dem Ausland bleiben unverändert. Die Eigentumsrechte und das legitime Erbrecht auf Privateigentum, Häuser, Grund und Boden und auf Betriebe sowie die ausländischen Kapitalanlagen bleiben unangetastet.

5. Amtsträger und Vertreter aller Bevölkerungskreise Taiwans können Funktionen in nationalen politischen Führungsorganen bekleiden und sich so an der Führung des Staates beteiligen.

6. Die zentrale Regierung wird der Taiwaner Regionalregierung entsprechend der Lage bei finanziellen Schwierigkeiten helfen.

7. Die Angehörigen aller Nationalitäten und aller Bevölkerungskreise Taiwans können, wenn sie es wünschen, ins Vaterland kommen und sich dort niederlassen. Es wird gewährleistet, dass angemessene Vorkehrungen dafür getroffen werden, dass sie keiner Diskriminierung ausgesetzt werden und dass sie die Freiheit der Ein- und Ausreise geniessen.

8. Wir begrüssen es, wenn die Indu-

striellen und Geschäftsleute aus Taiwan auf dem Festland des Vaterlandes in den verschiedenen Wirtschaftszweigen Investitionen tätigen und Unternehmen gründen. Ihre legitimen Rechte und Interessen wie auch ihre Profite werden garantiert.

9. Die Wiedervereinigung des Vaterlandes ist eine Aufgabe aller Chinesen. Wir begrüssen es aufrichtig, wenn Angehörige aller Nationalitäten, aller Bevölkerungskreise und aller Massenorganisationen auf Taiwan uns, auf welche Art und Weise und über welche Kanäle auch immer, Vorschläge unterbreiten und sich mit uns über die Staatsangelegenheiten beraten. (*BR* 40/81).

Die Antwort Taipeis

All diese Angebote, so verlockend sie Aussenstehenden auch erscheinen mögen, fielen in Taiwan nicht auf fruchtbaren Boden. In ihrem Kielwasser kam es zwar zeitweilig zur Aufnahme von Handelsbeziehungen zwischen Taiwan und dem Festland; doch das waren sporadische Kontakte. Offizielle Gespräche hat es bisher zwischen beiden Seiten nicht gegeben.

Führende Köpfe der Kuomintang sind sich indessen sehr wohl bewusst, dass diese Haltung im Ausland schwer zu begreifen sein könnte und dass Taipei riskiert, der Starrsinnigkeit bezichtigt zu werden. Man ist auch darauf gefasst, dass nach der Paraphierung der Gemeinsamen Erklärung zur Hongkong-Frage der Druck von Peking her noch grösser werden wird, und man weiss, dass Taipei auf dem internationalen Parkett inskünftig enorme Anstrengungen wird machen müssen, um seine Haltung plausibel zu machen.

Auf die Frage, weshalb sich Taipei so unnachgiebig zeige, erhält man zur Antwort, Peking wolle in Wirklichkeit Auslieferung und nicht Wiedervereinigung. Die Kuomintang, erklärt ein hoher Parteifunktionär dem Schreibenden, kenne die chinesischen Kommunisten; diese hätten noch immer Verhandlungen vorgeschlagen, wenn ihr Ziel nicht mit Waffengewalt zu erreichen war. Die Aufforderung, eine dritte Einheitsfront herzustellen, wird zurückgewiesen mit dem Hinweis auf die schlechten Erfahrungen, die man während der ersten beiden Zusammenschlüsse zwischen 1924–1927 und 1937–1945 gemacht habe.

Als Affront wird die Tatsache empfunden, dass die Wiedervereinigungsoffensiven aus Peking niemals an Taipei, d. h. an die Regierung der Republik China, sondern immer nur an die Kuomintang – an die zwar herrschende Partei, aber nicht an den Staat, den es für Peking nicht geben darf – gerichtet worden sind oder unter Umgehung der Zentralregierung in Taipei einfach an die Behörden Taiwans oder an die Landsleute von Taiwan, obwohl sich Taipei gegenüber Peking nicht anders verhält, weil es für Taipei keine VR China gibt.

Die Punkte drei und vier des Programms von Ye Jianying – weitestgehende Autonomie bei gleichbleibendem Gesellschafts- und Wirtschaftssystem – stossen auf Misstrauen und werden mit folgender Begründung gegenstandslos zu machen versucht: Wenn diese Vorschläge von den Kommunisten wirklich ernst gemeint seien und die damit verbundenen Versprechen tatsächlich auch eingehalten wür-

den, dann würde es sich ja nur nominell um eine Wiedervereinigung handeln, und dies wäre sinnlos.

Das Angebot Ye Jianyings, Peking werde *«der Taiwaner Regionalregierung ... bei finanziellen Schwierigkeiten helfen»* (Punkt sechs), wird in Taipei mit einem Lächeln quittiert. Angesichts der Tatsache, dass das Pro-Kopf-Einkommen auf Taiwan rund zehnmal höher ist als auf dem Festland, nimmt sich diese Offerte auch für Unbeteiligte wahrlich recht merkwürdig aus. In Taipei ist man überzeugt davon, dass dieser Vorschlag in der Absicht gemacht wurde, im Bewusstsein der Festlandchinesen das Bild eines verarmten, hilfebedürftigen Taiwans heraufzubeschwören.

Einzig die Frage, weshalb Taipei auch die Vorschläge humanitärer Art in Punkt zwei – wie Verwandtenbesuche und andere menschliche Kontakte zwischen beiden Seiten der Taiwan-Strasse – ignoriere, scheint nicht sonderliche Wertschätzung zu geniessen und berührt offenbar einen wunden Punkt, der nicht allzugern blossgelegt wird, da er zur Erkenntnis führt, dass sich Taipei auch diesbezüglich verschlossener gibt als Peking. Die Bedeutung dieser Tatsache wird vom Gesprächspartner allerdings mit dem Argument heruntergespielt, die Frage der Verwandtenbesuche sei kein echtes Problem; solche Begegnungen seien ja für Chinesen vom Festland und auch von Taiwan im Ausland möglich, z. B. in Hongkong, Japan oder in den USA. Dass dies recht umständlich und sicherlich nicht in jedem Fall machbar ist, versteht sich von selbst. Einer der Gründe, weshalb sich Taipei in dieser Hinsicht so halsstarrig benimmt, könnte die Furcht vor einer Einwanderungswelle vom chinesischen Festland her sein, der das ohnehin übervölkerte Taiwan (1984: 19 Millionen) nicht gewachsen wäre. Schliesslich müsste zu diesem Punkt noch erwähnt werden, dass niemand genau weiss, wieviele Ausnahmen die Regel bestätigen.

Taipeis Existenzkampf

Im Informationsministerium in Taipei werden die Wiedervereinigungsbestrebungen Pekings als eine von vielen strategischen Massnahmen betrachtet, die dazu führen sollen, die Existenz der Republik China zu untergraben und die von ihr beherrschten Gebiete schliesslich unter die Botmässigkeit der KP Chinas zu bringen. Aus diesem Grunde werden sie konsequent abgelehnt. Ein Gesprächspartner fasst den Sachverhalt wie folgt zusammen: Die chinesischen Kommunisten versuchten, Taipei als Staatsgebilde zu isolieren, aus der China-Frage eine Taiwan-Frage zu machen und schliesslich – trotz anderslautenden Versprechungen – Taiwan zu «kommunisieren».

In diesem Zusammenhang wird unumwunden zugegeben, dass Peking in den vergangenen Jahren sehr erfolgreich gewesen ist im Bestreben, Taipei zu isolieren und die China-Frage der Weltöffentlichkeit als Taiwan-Frage zu präsentieren. Seit dem Ausscheiden aus der UNO im Jahre 1971 sind die diplomatischen Beziehungen zwischen der Republik China und anderen Staaten gewaltig zusammengeschrumpft. Zurzeit hat Taipei noch volle diplomatische Beziehungen mit 25 Ländern, worunter sich allerdings viele kleine Staaten befinden und Staaten, die in

weltpolitischen Belangen kein Gewicht haben. In Europa unterhält einzig der Heilige Stuhl diplomatische Beziehungen mit Taipei.

Um nicht völlig isoliert zu werden, hat Taipei nach 1971 der Herstellung nicht-diplomatischer Beziehungen mit anderen Ländern grosse Beachtung geschenkt. Heute sind es über 140 Staaten und Gebiete, mit denen Taipei solche Beziehungen aufrechterhält. Darunter sind Beziehungen zu verstehen in Bereichen wie Handel, Bankwesen, Kulturaustausch, technische Zusammenarbeit, Schiffahrt und Luftfahrt, Mitwirkung in internationalen Organisationen, Tourismus.

In Westeuropa hat Taipei in folgenden 14 Ländern Büros für Handel, Kultur und Tourismus errichtet: Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Grossbritannien, Italien, Luxemburg, Holland, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz, Spanien. Mit Ausnahme von Italien, Luxemburg und Norwegen haben diese Länder ihrerseits auch Kontaktstellen in Taipei eröffnet.

Partei- und Regierungsfunktionäre in Taipei sind sich einig, dass diese Beziehungen kein Ersatz sind für diplomatische Beziehungen. Es sind vielmehr Notlösungen, die allerdings wertvoll sind, weil sie substantielle Kontakte mit andern Ländern ermöglichen. Taipei will daher dieses Beziehungsnetz weiter ausbauen.

Dieses Kommunikationssystem hat verschiedene Funktionen, doch im wesentlichen bezweckt es zweierlei: Es dient erstens der Selbstdarstellung Taipeis im Ausland und zu Hause und ist ein mehr oder weniger wirksames Propagandainstrument der Republik China. Zweitens steht es im Dienst des wirtschaftlichen Aufbaus von Taiwan, das im Begriffe ist, modernste Technologien zu importieren, um im internationalen Wettbewerb überleben zu können.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass Taipei auch bereit ist, im Verkehr mit hochindustrialisierten Ländern wie der Schweiz eine passive Handelsbilanz nicht nur hinzunehmen, sondern sogar zu begrüssen, wenn dabei letztlich ein grösseres Wirtschaftswachstum erzielt wird. In diesem Sinne wurde dem Verfasser im Aussenministerium in Taipei denn auch mitgeteilt, dass man an sich nicht unglücklich sei über die Tatsache, dass im Handel mit der Schweiz im Jahre 1983 die Bilanz wieder passiv gewesen sei. Importen aus der Schweiz in der Höhe von 135,4 Millionen US $ standen Exporte in die Schweiz in der Höhe von nur 58,9 Millionen US $ gegenüber. Es wurde vielmehr bedauert, dass schweizerischerseits nicht mehr unternommen werde, um den taiwanesischen Markt zu erkunden.

Taipei, das seit 1971 zweifellos in politischer Hinsicht arg in Bedrängnis geraten ist, versucht also auf diese Weise, seine Existenz zu sichern. Ohne Armee allerdings wären wohl all diese Massnahmen langfristig gesehen fruchtlos. Die Verlockung Pekings, den ungehorsamen Bruder gewaltsam nach Hause zu bringen, wäre wohl allzu gross, als dass man ihr widerstehen könnte, falls er wehrlos dastehen würde. Taipei ist sich dessen bewusst und hat alles Interesse daran, die Kraft seiner Streitkräfte zu erhalten und wenn möglich zu verbessern.

Dabei gibt man sich nicht der Illusion hin, Taiwan sei uneinnehmbar. Verschiedene Gesprächspartner haben

dem Verfasser mitgeteilt, Peking sei schon heute in der Lage, Taiwan zu erobern und der Republik China die Existenzgrundlage zu entziehen. Taiwan könnte sowohl nuklear als auch konventionell bedroht werden. Im Falle eines Atomkrieges würden wenige Bomben genügen, um Taipei das Rückgrat zu brechen; im Falle eines konventionellen Krieges könnte der Gegner auch siegen, müsste aber mit Verlusten von einer halben bis zu einer ganzen Million Truppen rechnen. Doch, so räsoniert man in Taipei, sei es unwahrscheinlich, dass eine der beiden Varianten zur Ausführung komme. Peking sei unter den gegebenen Umständen vorsichtig. Der Preis wäre zu hoch, der Schaden für Peking zu gross. Die von Taipei betriebene Dissuasionspolitik ist offensichtlich recht wirksam und für die Existenzsicherung ebenso unentbehrlich wie der Zugang zur Aussenwelt für das wirtschaftliche Überleben.

Was will Taipei wirklich?

Taipeis Vorstellungen von der friedlichen Wiedervereinigung Chinas sind von denjenigen Pekings im Augenblick noch so verschieden, dass offizielle Gespräche zurzeit in der Tat undenkbar sind. Mehrere Gesprächspartner haben dem Verfasser gegenüber nachdrücklich betont, Verhandlungen müssten auf der Grundlage der bereits erwähnten «Drei Prinzipien des Volkes» von Dr. Sun Yat-sen basieren und seien erst möglich, wenn Peking auf die vier grundlegenden Prinzipien verzichte und wenn der Lebensstandard auf dem Festland sich demjenigen auf Taiwan angenähert habe.

In Peking nun ist man aber eben der Meinung, die Lehre Sun Yat-sens sei in den letzten Jahrzehnten auf dem Festland von der KP Chinas weiterentwickelt worden und habe den vorläufigen Höhepunkt in der Formulierung der vier grundlegenden Prinzipien gefunden, die Garant einer erfolgreichen sozialistischen Modernisierung, der Hauptaufgabe seit 1979, sein würden. Diese vier grundlegenden Prinzipien heissen: *«Festhalten an dem sozialistischen Weg, der demokratischen Diktatur des Volkes, der Führung durch die KP Chinas, am Marxismus-Leninismus und an den Mao-Zedong-Ideen»* (*BR* 44/84). Sie sind nach wie vor von zentraler Bedeutung und auch im Programm der neuen Wirtschaftsreform vom 20. Oktober 1984 enthalten.

Dass Peking sein Credo nicht auf dem Altar der Wiedervereinigung opfern wird, weiss man in Taipei, das ja seine *«Drei Prinzipien des Volkes»* auch nicht auf Kosten der Wiedervereinigung preisgeben will. Angesichts dieser Sachlage ist Taipei einstweilen für die Aufrechterhaltung des *status quo,* d. h. für das Fortbestehen eines geteilten Landes mit faktisch zwei Regierungen, wobei Taipei die Hoffnung hegt, in der Zwischenzeit, bis zur Wiedervereinigung Chinas, global eine Aufwertung zu erfahren. Auf die Frage, wie sich denn Taipei die Wiedervereinigung unter solchen Voraussetzungen vorstelle, wurde erwidert, Taipei wolle mit Peking einen friedlichen Wettstreit ausfechten, hoffe dabei, als Sieger hervorzugehen, und glaube, den Verlierer veranlassen zu können, das bessere, das taiwanesische Gesellschafts- und Wirtschaftssystem zu übernehmen.

Die soziale und die wirtschaftliche Entwicklung Taiwans verliert auf diese Weise den Selbstzweckcharakter; sie wird zum Modell, das für ganz China wegweisend sein soll; ja, sie wird als Beitrag Taipeis zur Wiedervereinigung betrachtet. In diesem Kontext wurde öfters darauf hingewiesen, dass bereits grosse Erfolge erzielt worden seien: In den fünfziger Jahren habe das Verhältnis eines durchschnittlichen Familieneinkommens des obersten Fünftels der Bevölkerung zum untersten Fünftel 15:1 betragen, 1983 sei diese Relation nur noch etwa 4:1 gewesen.

Peking wird diesen Gedankengang wohl kaum nachvollziehen können, erprobt es doch selbst seit Jahren Mittel und Wege für ein besseres China!

Vielleicht sind die Hindernisse auf dem Weg zur Wiedervereinigung kleiner, als man in Taipei annimmt, doch sie sind sicher grösser, als Peking wahrhaben will. Unter diesen Umständen wäre es töricht, eine Prognose stellen zu wollen. Festgehalten sei lediglich, dass der Gast aus der Ferne China auf beiden Seiten der Taiwan-Strasse in mancher Beziehung als Einheit empfindet und dass er bedauert, dass diese Erfahrung der Bevölkerung Chinas versagt ist.

Norbert Meienberger

Griechenlands Zweigestirn

Historischer Kompromiss oder Konfrontation zwischen Karamanlis und Papandreou?

Das Proedrikon Megaron, das Präsidialgebäude, in Athen war früher der Königspalast. Und etwas vom majestätischen Glanz der Vergangenheit hat es auch in der Ära der Griechischen Republik beibehalten. Der jetzige Gebieter im Proedrikon Megaron, Konstantinos Karamanlis, einst von der Athener Bourgeoisie als «Provinzler» verspottet, legt auf Form und Stil Gewicht. Schon das Aussehen und die Kleidung seiner Mitarbeiter sind ihm, wie sein Vorgänger im Amt und fast ein Leben lang treuer Gefährte, Konstantinos Tsatsos, zu sagen pflegt, äusserst wichtig. Karamanlis selber versteht es, sich mit einer für einen «Mann aus dem Volk» geradezu frappierenden Leichtigkeit als «geborener Staatsmann» zu bewegen und zu geben. Und dennoch. Der Alltagsrhythmus im Proedrikon Megaron ist alles andere als pompös. Wer vom Staatschef empfangen wird, gewinnt nicht den Eindruck eines unnatürlichen oder gar lächerlichen Rituals. Sogar die Sicherheitsmassnahmen muten – zumindest wenn man sie mit den Vorkehrungen vergleicht, welche Ministerpräsident Andreas Papandreou etwa bei seinen Fahrten durch die griechische Hauptstadt trifft – eher bescheiden an.

Karamanlis wird dieses Jahr seinen 78. Geburtstag feiern und auf eine 50jährige politische Laufbahn zurückblicken können. Als ich ihm am

30. November 1984 im Proedrikon Megaron gegenübersass, erinnerte er mich daran und fügte lächelnd hinzu: *«Ich bin ein alter Mann.»* Auf den – von ihm wohl erwarteten – Einwand, er wirke nicht alt, und schliesslich habe Adenauer die politische Bühne seines Landes in relativ hohem Alter betreten, kam prompt die Antwort: *«Ich stehe aber nun seit vielen Jahrzehnten mitten im politischen Kampf. Abgeordneter, Minister, Regierungschef, nun Präsident der Republik ... Oft überlege ich mir, ob es nicht besser wäre, jetzt, da meine Amtsperiode zu Ende geht, den Hut zu nehmen und endlich die Freuden eines Privatlebens zu geniessen. Für mich persönlich wäre dies wohl das Gescheiteste. Doch ich denke an das Wohl dieses Landes ...»*

Werben Papandreous um Karamanlis

Mit diesem persönlichen «Geständnis» des «strengen Makedoniers»[1] kam das Gespräch auf das Thema, das zurzeit wohl das Politikum Nummer 1 in Hellas darstellt und sowohl die veröffentlichte als auch die öffentliche Meinung Griechenlands stark beschäftigt: Wird sich Karamanlis, dessen fünfjährige Amtsperiode als Staatschef im Mai 1985 zu Ende geht, für das Präsidialamt erneut zur Verfügung stellen? In Hellas ist die Wahl des Präsidenten der Republik gemäss der Verfassung von 1975 – einer Verfassung übrigens, welche deutlich die Staatsauffassungen Karamanlis' widerspiegelt – Sache des dreihundertköpfigen Parlaments. Beim dritten Wahlgang genügt zur Wahl des Staatschefs ein qualifiziertes Mehr von 180 Stimmen. Nach der jetzigen Konstellation der politischen Kräfte im Abgeordnetenhaus wäre es für Karamanlis ein leichtes, sich für die Periode 1985–1990 wiederwählen zu lassen. Für seine Wiederwahl würden nicht nur die Abgeordneten der von ihm 1974 ins Leben gerufenen, heute in der Opposition stehenden Nea Dimokratia votieren, sondern auch, wenn man Ministerpräsident Andreas Papandreou Glauben schenkt, die Parlamentarier der seit Oktober 1981 regierenden Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (Pasok).

Der sozialistische Regierungschef Griechenlands hat in der Tat wiederholt erklärt, dass er keinen geeigneteren Kandidaten für das Präsidialamt kenne als seinen einstigen Widersacher Karamanlis. Während seiner ersten Amtsperiode habe Karamanlis seine Aufgaben tadellos erfüllt. Zwar liege noch kein formeller Beschluss der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung zur Wahl des Präsidenten der Republik vor, zumal Karamanlis noch nicht erklärt habe, ob er zur Verfügung stehe oder nicht. Er, Papandreou, sehe aber zurzeit keinen besseren Mann für das Präsidialamt. Sein persönliches Verhältnis zum Staatschef sei ausgezeichnet.

Derartige Äusserungen des Pasok-Führers finden in der gouvernementalen Presse Griechenlands ein positives Echo. Blätter, welche gegen die «reaktionäre» Nea Dimokratia und deren jetzigen Führer Kostas Mitsotakis loszuziehen pflegen, nehmen gegenüber Karamanlis eine wohlwollende Haltung ein. Der Herausgeber der regierungsfreundlichen Athener Morgenzeitung «To Vima»,

Bousbourelis, wird denn auch nicht müde, in seinen Artikeln die *«fruchtbare Kooperation der beiden charismatischen Persönlichkeiten»*, Karamanlis und Papandreou, hervorzuheben.

Es steht ausser Zweifel, dass die Hervorstreichung des «segensvollen Zusammenwirkens der beiden charismatischen Politiker» zu einem grossen Teil taktischen Überlegungen entspringt. Papandreou fürchtet eine offene Auseinandersetzung mit dem Staatschef, der nicht nur über wichtige verfassungsrechtliche Prärogativen (Auflösung des Parlaments, Durchführung von Plebisziten, aufschiebendes Veto gegenüber der Legislative, Leitung der Ministerratssitzungen, Einberufung des sogenannten Rates der Republik u. a.) verfügt, sondern – was politisch noch schwerer wiegt – auch über eine grosse persönliche Ausstrahlung. Das Werben des sozialistischen Regierungschefs um den ideologisch und politisch in mancher Hinsicht anders denkenden Staatschef entspricht daher weitgehend einem Kalkül, das in der Überzeugung wurzelt, der «gefährlichere» Gegner sitze eigentlich im Proedrikon Megaron und nicht in den Büroräumlichkeiten der rechtsoppositionellen Nea Dimokratia an der Rigilisstrasse. Durch seine Taktik will Papandreou Karamanlis «neutralisieren», das heisst als Widersacher ausschalten.

Vom Parteiführer zum Landesvater

Unproblematisch ist die Taktik der «Neutralisierung» Karamanlis' für Papandreou sicherlich nicht. Für einen nicht unbedeutenden Teil der griechischen Linken und des einstigen Zentrums ist Karamanlis trotz aller «Wandlung» in den Jahren des Pariser Exils, insbesondere während der Herrschaft der Athener Militärjunta (1967–1974), und während der Zeit nach dem Sturze der Diktatoren *«immer noch der alte Exponent der verhassten Rechten»*. Es gibt Pasok-freundliche Journalisten, welche aus der Reihe tanzen und gegen eine Wiederwahl Karamanlis' mit Unterstützung der Regierungspartei vehement Stellung beziehen. Diese Haltung findet zum Beispiel im populären politisch-satirischen Wochenblatt *«To Pontiki»*, in der Boulevard-Tageszeitung *«Avriani»* und zum Teil in der Mittagszeitung des Lambrakis-Konzerns *«Ta Nea»* ihren Niederschlag. Die betreffende Polemik spiegelt wohl auch eine Strömung im Apparat der Regierungspartei wider.

Der Rechten verursacht jedoch der «Flirt» Papandreous mit dem Staatschef noch mehr Probleme. Die Tatsache, dass die regierenden Sozialisten in der Regel die «einwandfreie Haltung» des Präsidenten der Republik loben, irritiert so manchen einstigen Anhänger des Gründers der Nea Dimokratia. Nicht wenige Neodemokraten sind der Ansicht, Karamanlis habe sich mit dem Pasok-Präsidenten «arrangiert», weil er den Ehrgeiz habe, im Frühjahr ein «triumphales Wahlergebnis» für eine zweite Amtsperiode zu erzielen. Diese Argumentation findet schon deshalb bei etlichen Pasok-Gegnern Glauben, weil Karamanlis von seinen verfassungsrechtlichen Prärogativen bisher keinen Gebrauch gemacht hat. Der Staatschef verfolgt zwar diesen vorsichtigen Kurs, weil er

weiss, dass sich ein verfassungsrechtlich noch so einwandfreier Schritt politisch als Bumerang erweisen könnte. Solange es nicht eindeutig feststeht, dass die – sozialistische und kommunistische – Linke nicht mehr die absolute Mehrheit des Volkes hinter sich hat, wäre jegliche offene Intervention des Staatspräsidenten gefährlich – für ihn selber und für die hellenische Demokratie. Nichtsdestoweniger wird die sicherlich gerechtfertigte Behutsamkeit Karamanlis', der sich auf diskrete Schritte hinter den Kulissen und auf allgemein gehaltene Ermahnungen beschränkt, von einem Teil der Basis der Nea Dimokratia nicht verstanden.

In diesen Kreisen ist man offensichtlich enttäuscht darüber, dass der einstige Führer der Nea Dimokratia nun die Rolle des über den politischen Formationen stehenden «Landesvaters» ernst nimmt. Noch grösser ist die Enttäuschung – das versteht sich – bei den Rechtsradikalen und Rechtsextremisten. Diese polemisieren zuweilen gegen Karamanlis vehementer als gegen Papandreou. Als im Dezember der Führer der französischen Nationalen Front, Le Pen, Griechenland einen Besuch abstattete und sich mit griechischen Gesinnungsgenossen solidarisierte, ertönte unter anderem der Ruf: *«Der Karamanlismus fördert den Marxismus.»* Karamanlis nimmt die Polemik der Rechtsextremisten gelassen. Doch die Kritik aus den neodemokratischen Kreisen, selbst wenn sie meistens bloss hinter vorgehaltener Hand geäussert wird, lässt ihn nicht unberührt. *«Leider sind wir nun so weit gekommen»,* sagte er mir während eines Gespräches im September 1984, *«dass die Pasok für mich ist, während mich bestimmte frühere Mitarbeiter kritisieren.»*

Das Dilemma des Präsidenten

Aus dieser Situation resultiert für das hellenische Staatsoberhaupt ein ernstes Dilemma. Wohl kann er mit der Unterstützung der Parlamentsfraktion der Nea Dimokratia rechnen, falls er sich zu einer neuen Kandidatur für den Posten des Präsidenten entschliesst. Ins Gewicht fallende Unbotmässigkeiten in den neodemokratischen Parlamentarierreihen sind nicht zu erwarten. Doch ein auch mit den Pasok-Stimmen gewählter Präsident wäre in den Augen eines Teils der traditionellen Rechten bereits ein «ideologisch-politisch kastrierter» Staatsmann. Der Verdacht eines «faulen Kompromisses» mit Papandreou würde an Boden gewinnen. Dies um so mehr als die Pasok-Propagandisten geschickt die – vom Amt des Präsidenten entschieden dementierte – These vertreten, es liege eine «informelle Vereinbarung» zwischen dem Staats- und dem Regierungschef vor, welche unter anderem vorsehe, wie sich das Staatsoberhaupt während der neuen Amtsperiode zu verhalten habe.

Dieses Dilemma ist mit einer weiteren Überlegung eng verknüpft. Es steht fest, dass sich die Präsenz Karamanlis' im Präsidialamt im Oktober 1981 bis zu einem gewissen Grad zugunsten Papandreous ausgewirkt hat. Nicht wenige gemässigte Bürger stimmten damals für die Pasok-Sozialisten, in der Meinung, solange Karamanlis da sei, könne sich der «unberechenbare Papandreou» doch keine Espakaden in der Innen- und

vor allem in der Aussenpolitik leisten. Dieses Gefühl der Sicherheit, das die Staatsführung Karamanlis' vermittelt, könnte sich, so meint mancher Beobachter in Hellas, auch bei den spätestens im Oktober 1985 fälligen Parlamentswahlen zugunsten der Pasok auswirken. Derartige Überlegungen wischt Karamanlis nicht rundweg vom Tisch. Andererseits ist er offensichtlich der Ansicht, dass in schwierigen Zeiten sein Platz auf dem «Präsidentensessel» sei. *«Doch ich denke an das Wohl des Landes ...»*

Hier sein Bedürfnis nach Ruhe (*«dieses Volk lässt sich nicht regieren»*, sagte er einmal während eines Privatgesprächs im Frühjahr 1977), dort die «Pflicht des Staatsmannes». Nicht wenige Griechen sehen darin, was Karamanlis betrifft, kein echtes Dilemma. Er liebe die Macht, sagen sie, und alles andere sei bloss Koketterie. Es trifft zwar zu, dass Karamanlis ein hundertprozentiger «zoon politikon» ist. Im Grunde genommen hat er gar kein privates Leben, wenn man von einigen gemütlichen Stunden mit seinen Geschwistern oder Freunden absieht, wobei sich allerdings die Gespräche auch hier fast ausschliesslich um Politik drehen. Man kann sich Karamanlis als «Rentier» schwer vorstellen. Insofern haben diejenigen recht, welche behaupten, seine gelegentlich geäusserten Intentionen eines Rückzugs aus der Politik seien nicht allzu ernst zu nehmen. Andererseits hat die Liebe Karamanlis' zur Politik (und zur Macht) Grenzen, welche durch seine Auffassung über die Staatsführung als Kunst des Möglichen und durch seinen Wunsch nach historischer Rechtfertigung bedingt sind.

Karamanlis ist realistisch genug, um zu wissen, dass eine zweite Amtsperiode viel problemgeladener wäre als die erste. Und aus dieser Erkenntnis resultiert zweifelsohne zurzeit sein grösstes Dilemma. Nimmt er den Hut, so wird man ihm vorwerfen, dass er – wie im Jahre 1963, als er nach dem Bruch mit der Krone den Weg ins Exil wählte – gleichsam die Flucht ergriffen habe. Damals konnte er noch – vielleicht nicht ganz zu Unrecht – geltend machen, er habe nicht die «nationale Zwietracht» vertiefen wollen. Doch heute? Wer wäre sein Nachfolger? Ein von den Sozialisten und Kommunisten unterstützter farbloser Präsident? Ein mit verfassungsrechtlichen Prärogativen ausgestatteter Papandreou, der – im Gegensatz zu Karamanlis – die seinerzeit erbittert bekämpften «Superkompetenzen» des Staatschefs «im Interesse der raschen sozialistischen Umgestaltung Griechenlands» auch wahrnehmen würde? Und was dann? Stellt sich Karamanlis erneut zur Verfügung, so wird er sich sehr wahrscheinlich einer parteipolitischen Konstellation gegenübergestellt sehen, die ihn geradezu dazu zwingen wird, von seinen verfassungsrechtlichen Prärogativen Gebrauch zu machen. Besonders beliebt wird er sich allerdings damit nicht machen.

Zwist um das Wahlgesetz

Noch sind die Würfel nicht gefallen. Es entspräche zwar dem politischen Temperament Karamanlis' durchaus, einem Vorschlag der beiden «Giganten» des griechischen politischen Lebens, der Pasok und der Nea Dimo-

kratia, nachzukommen und sich durch das Votum von rund 270 Mitgliedern des dreihundertköpfigen Parlamentes (die Kommunisten würden vermutlich bei diesem «Konsens des Establishment» nicht mitmachen, sich jedoch möglicherweise «lediglich» der Stimme enthalten) zu einer Art Princeps Augustus wählen zu lassen. Doch er scheint nach wie vor zu zögern. Wenn nicht alles täuscht, wird er seine Karten erst im letzten Moment auf den Tisch legen. Im Gegensatz zu den meisten griechischen Politikern versteht es der verschlossene Nordgrieche zu schweigen, wenn er findet, die Zeit für die Bekanntgabe seiner Pläne sei noch nicht reif. Nicht von ungefähr wird der Staatschef von vielen Griechen eine «Sphinx» genannt. Dieses «unmediterrane» Schweigen ist allerdings im vorliegenden Fall nicht nur Ausdruck der Karamanlis eigenen Taktik, sondern auch die Folge seiner inneren Unentschlossenheit. Wie ich in meinem Buch über *«den Karamanlis des Kampfes gegen die Athener Militärdiktatur»* [2] nachzuweisen versuchte, gehört Vorsicht zu den wesentlichsten Merkmalen dieses griechischen Politikers.

Karamanlis' Einsatz geht nie aufs ganze. Er überlegt sich jeden Schritt genau. Er riskiert äusserst wenig und lässt, wenn immer möglich, ein Rückzugstürchen offen. Dafür hat er eine Erklärung, mit der er sich zufrieden gibt, die ihm aber jene Griechen nicht abnehmen, die ihn einen «sigouratzis» (einen, der auf Nummer Sicher geht) nennen: Er versteht sich als «nationales Kapital», das nicht sinnlos vergeudet werden dürfe. Dieses seines Wertes ist er sich durchaus bewusst. Deshalb beklagt er sich schon jetzt darüber, dass ihn die Geschichte einmal «ungerecht» behandeln werde, weil er keine Revolutionen und Kriege geführt habe. Sein definitiver Entschluss hinsichtlich der Wiederwahl hängt von verschiedenen Faktoren ab, die voraussichtlich erst im Laufe der zwei ersten Monate dieses Jahres restlos geklärt sein werden. Zu diesen Faktoren gehört nicht zuletzt auch das Wahlgesetz, das vom griechischen Parlament verabschiedet werden soll.

Vor den Wahlen vom Oktober 1981 hatte die Pasok die Einführung des einfachen Proporzes anstelle des zurzeit geltenden Systems, das zwar «verstärkter Proporz» heisst, in Wirklichkeit aber ein durch Majorzelemente verwässertes Verhältniswahlverfahren darstellt, versprochen. Von diesem Wahlversprechen, wie von vielem anderem, ist Andreas Papandreou nun aber offensichtlich abgekommen. Er strebt ein Mischsystem an, das einerseits die Präsenz auch der kleineren Parteien im Parlament ermöglicht, andererseits jedoch die beiden «Giganten», und vor allem natürlich die Siegerpartei, begünstigt und die «Regierungsstabilität» fördert. Anders ausgedrückt: Der Pasok-Präsident will die absolute Mehrheit der Sitze im Parlament erlangen, selbst wenn er im Volke diese Mehrheit nicht hinter sich hat. Dieser Plan verursacht zurzeit in Hellas endlose hitzige Diskussionen. Dagegen sind die «Kleinen», aber auch der rechtsgerichtete «Gigant», die Nea Dimokratia, die allerdings unter Umständen davon profitieren könnte, wenn sie zum Beispiel zur stärksten Partei des Landes aufstiege.

Vom Wahlgesetz hängt weitgehend ab, welches die parteipolitische Kon-

stellation im neuen Parlament sein wird und somit auch welcher Situation sich Karamanlis als wiedergewählter Staatschef gegenübergestellt sehen würde. Eine Regierung der Nea Dimokratia wäre für ihn an und für sich unproblematisch, wenn auch der gegenwärtige Führer dieser Partei, Mitsotakis, ein eigenwilliger Politiker ist, der sich vor Karamanlis nicht zu «verbeugen» pflegt. Einem Kabinett Mitsotakis stünde dann allerdings eine Art Volksfront der Pasok-Sozialisten und der Kommunisten gegenüber, und «Landesvater» Karamanlis hätte Mühe, die – schon jetzt sichtbaren – Polarisierungserscheinungen zu bekämpfen und das von ihm immer wieder propagierte «milde politische Klima» bzw. den Frieden auf dem ökonomischen Sektor zu sichern. Käme es erneut zu einer Regierung der Pasok oder erwüchse aus der Konstellation im neuen Parlament sogar eine deklarierte oder kaschierte Allianz zwischen Sozialisten und Kommunisten, so wäre die Lage des Staatschefs noch weniger beneidenswert. Die Linke würde dann immer mehr dazu neigen, im «Landesvater» bestenfalls einen dekorativen Staatschef zu erblicken.

Erreicht bei den nächsten Parlamentswahlen keine Partei die absolute Mehrheit der Sitze im Abgeordnetenhaus, so wird die Bildung eines lebensfähigen Kabinetts sehr schwierig werden. Diese düstere Perspektive wird von manchem Beobachter in Hellas als nicht unwahrscheinlich betrachtet, zumal die Ergebnisse der Europawahlen vom Jahre 1984, verglichen mit denjenigen der nationalen Wahlen vom Oktober 1981, auf beträchtliche Stimmenverluste der Pasok schliessen lassen, was aber nicht bedeutet, dass die Nea Dimokratia bereits zur grössten Partei des Landes avanciert sei oder gar die absolute Mehrheit des Volkes hinter sich habe. Obschon Karamanlis theoretisch für starke monokolore Regierungen und für eine Art Zweiparteiensystem plädiert, in dem bald der eine, bald der andere «Gigant» die Regierungsverantwortung trägt, sähe er es im Prinzip nicht ungern, wenn er wegen der Konstellation im Parlament, das heisst wegen des Fehlens einer über die absolute Mehrheit der Sitze verfügenden Partei, seine verfassungsrechtlich verankerte Rolle als «Regulator» in der Praxis wahrnehmen könnte. Viele schreiben ihm die Absicht zu, im Falle einer Patt-Situation nach den Parlamentswahlen die Bildung einer Regierung der «Grossen Koalition» (Nea Dimokratia und Pasok) in die Wege zu leiten. Dafür besteht im Athener politischen Jargon schon der terminus technicus *«hellenischer historischer Kompromiss»*.

Das Wort existiert. Doch es ist noch weit davon entfernt, die Wirklichkeit widerzuspiegeln. Der Graben zwischen der «verhassten Rechten» und dem «marxistischen Lager» ist zurzeit tief. Papandreou hasst den «Apostaten Mitsotakis» (der jetzige Führer der Nea Dimokratia gehörte im Sommer 1965 zu den Dissidenten der Zentrumsunion Georgios Papandreous, welche mit der Krone gemeinsame Sache machten) wie der Teufel das Weihwasser. Das griechische Parteiengefüge war nie besonders stabil und solid, so dass Abspaltungen, Umbildungen und Neubildungen nicht auszuschliessen sind. Eine «Grosse Koalition», selbst wenn sie zustande-

käme, könnte keine Wunder bewirken, zumal sie indirekt dem Rechts- und Linksextremismus Auftrieb geben würde. Es kommt hinzu, dass der radikale Flügel der Pasok eine solche Wende vermutlich nicht mitmachen würde. Es gibt im Schosse der Regierungspartei Kräfte, welche auf die «Verewigung» ihrer Herrschaft hinarbeiten, wobei sie Staatsmaschinerie und Parteiapparat mehr absichtlich als unabsichtlich vermengen. Die Rechtsstaatlichkeit ist strapaziert, die elektronischen Massenmedien werden manipuliert, Gehirnwäsche im Sinn eines simplifizierenden Marxismus oder Neomarxismus macht sich in vielen Fällen bemerkbar, die Terroristenaktivität nimmt zu, das sozioökonomische Malaise, von dem vor allem die Kommunisten Nutzen zu ziehen versuchen, wächst, im grössten Teil der Presse macht sich eine mit politischer Schwarzweissmalerei verbundene «Boulevardisierung» bemerkbar. Vom vielbeschworenen «milden Klima» ist kaum etwas zu spüren.

Die ungleich gearteten Dioskuren

Die These, dass Hellas im gegenwärtigen Stadium der Entwicklung zwei charismatische Söhne habe, ist recht verbreitet. Und ganz unzutreffend ist sie, wenn man unter Charisma nicht so sehr echte staatsmännische Begabung, sondern eher eine die Massen ergreifende Ausstrahlungskraft versteht, sicherlich nicht. Doch diese Dioskuren der hellenischen Politik, Karamanlis und Papandreou, sind in ihrem Wesen fast diametral entgegengesetzte Gestalten. Die antiken Dioskuren, die «Söhne des Zeus», wurden zum Inbegriff echter Freundschaft. Papandreou wird nicht müde zu betonen, dass sein Verhältnis zu Karamanlis «ausgezeichnet» sei. Und dieser sekundiert mit der – etwas reservierten – Bemerkung, er komme mit dem Regierungschef gut aus. Das mag heute noch so sein. Wird es auch während einer allfälligen zweiten Amtsperiode des jetzigen Staatschefs so bleiben? Kommt es sogar zum «hellenischen historischen Kompromiss» und somit auch zu einer feierlichen Besiegelung der Freundschaft der beiden Dioskuren oder zumindest zu einem gegenseitigen Ergänzen der so verschiedenartigen Persönlichkeiten «im Interesse der Nation»? Oder kommt es im Gegenteil zu einer Konfrontation?

Es wäre zumindest verfrüht, eine Prognose im positiven oder negativen Sinn zu wagen. Vorderhand genügt die Feststellung, dass das politische Zweigestirn Griechenlands kontrapunktisch ist. Karamanlis fühlt sich als nüchterner Staatsmann, Papandreou gefällt sich in der Rolle des Visionärs und Demagogos im antiken Sinne[3]. Jener pflegt in seinen Reden einen «dorischen», dieser einen feurig-mediterranen Stil. Der nordgriechische «Provinzler» fühlt sich Europa und dem Westen verpflichtet. Der in den USA geformte Professor liebäugelt mit «Befreiungsbewegungen» wie derjenigen Ghadhafis. Der in privaten Gesprächen manchmal «explodierende» Makedonier wirkt im öffentlichen Leben kühl, besonnen, fast übervorsichtig. Der sich privat mit Charme und betonter Toleranz unterhaltende Südgrieche Papandreou bringt es fertig, vor den Volksmassen wutentbrannt gegen die Andersdenken-

den loszuziehen. Der 78jährige Karamanlis tritt als sich selbst einschränkender «Fakir» auf, der 66jährige Papandreou als überbordender «Prophet». Der einstige Rechtsanwalt aus Serres (Nordgriechenland) hasst die graue Theorie, der vormalige amerikanische Wirtschaftsprofessor huldigt einem theoretisch «undogmatischen», doch trotzdem in mancher Hinsicht doktrinären Sozialismus.

Diese im individuellen Charakter und in der Weltanschauung wurzelnde Kontrapunktik hat zweifellos den Reiz, den der Kontrast in der Ästhetik bewirkt. Doch in der Politik birgt sie auch Gefahren. Die Zukunft wird zeigen, ob aus dem «kontrapunktischen Zweigestirn» Griechenlands eine Art politische Fuge entsteht.

Pavlos Tzermias

[1] Vgl. Pavlos Tzermias, Der strenge Makedonier, Schweizer Monatshefte, Oktober 1979. – [2] Siehe Pavlos Tzermias, Der Karamanlis des antidiktatorischen Kampfes, Historische Beurteilung einer schwierigen Periode (1967–1974), Athen 1984 (griechisch). – [3] Vgl. Pavlos Tzermias, Andreas Papandreou – Führer oder Verführer?, Schweizer Monatshefte, Oktober 1983.

Auf der Suche nach dem «Selbst» des Schweizers

Zu einer Studientagung in der Ecole polytechnique fédérale de Lausanne

«Mit der Sprache sind es oft die Identität und das Wohl einer Gemeinschaft, die zur Diskussion stehen», war im Aufsatz *«Welsch, Deutsch, Schweizerdeutsch. Der Unterschied des Idioms»* zu lesen, der im vergangenen Oktober in dieser Zeitschrift erschien. Der Autor, Pierre du Bois (Institut universitaire d'études européennes, Genève), Herausgeber des Bandes *«Union et division des Suisses. Les relations entre Alémaniques, Romands et Tessinois aux XIXe et XXe siècles»* [1], beobachtet seit einiger Zeit die Gefahren einer fortschreitenden Partikularisierung und versammelte ein zweites Mal eine ansehnliche Gruppe von prominenten Vertretern der Schweizer Geschichtsforschung, Politologie, Soziologie, Sprach-, Architektur-, Film- und Literaturgeschichte zum gemeinsamen Fragen nach dem schweizerischen Identitätsbewusstsein. Zehn Tage darnach erschienen unter der Leitung von René Knusel und Daniel-L. Seiler in einer Reihe der Universität Lausanne Beiträge zum Thema *«Vous avez dit ‚Suisse romande'?»* [2].

Die siebzehn Referate der Tagung zum Problem des «Schweizerischen» lassen sich grosso modo in vier Gruppen einteilen: Fragen nach der *Schweizer Identität* aus dem *kantonalen Blickwinkel* (Peter Stadler für Zürich, Bernard Prongué für den Jura, Georges-André Chevallaz für die Waadt, Bernard Crettaz für das Wallis, wobei dieser Referent in erster Linie von Lévi-Strauss entwickelte Struktur-Schemata gegen die sonst eher prag-

matische Behandlung bestehender Wirklichkeiten ausspielte). Dazu wurden zwei in ihrer sprachlichen Identität bedrohte Minderheiten dargestellt: die Rätoromania (Iso Camartin) und die italienische Schweiz (Rafaello Ceschi und Ottavio Lurati); sodann kam *der Wandel des zeitweise auch im Bereich der Kultur wirksamen Heimatbegriffs* zur Sprache (André Lasserre, Gérald Arlettaz, Jacques Gubler, Rémy Pithon), *Fragen des Spannungsverhältnisses zwischen politischer Notwendigkeit und sprachlich/kulturellem Bewusstsein* (Pierre Knecht, Hans-Ulrich Jost und Manfred Gsteiger) und schliesslich *Fragen der Präsenz des «Schweizerischen» im Ausland* (Gérald Arlettaz und Jean-Claude Favez).

Einigkeit herrschte weitgehend darüber, dass in den kulturell, sprachlich und weltanschaulich sehr verschieden ausgerichteten Landesgegenden ein zwar ziemlich kongruenter Wille zum politischen, immer wieder neu mit demokratischen Mitteln zu revidierenden Bund besteht, dass sich aber heute daraus in Gebieten wie Literatur, bildende Künste, Architektur, Film, Radio und Fernsehen kein «nationales» Bewusstsein ergibt. Gegenüber als zu stark empfundenen politischen und wirtschaftlichen Gruppierungen und gegenüber mythischen Vorstellungen von einer geeinten Schweiz regt sich in unserem Land schnell grosse Skepsis. Dem aufmerksamen Beobachter konnte in Lausanne nicht entgehen, dass in Historiker-Kreisen naturgemäss eine gewisse Ratlosigkeit vor dem sichtbar wird, was in der Gegenwart, vor allem aber in der Zukunft als schweizerische Eigenart bezeichnet werden kann, bzw. postuliert werden soll. Gibt es ein «Projekt Schweiz», das Achtung gebietet?

Im Zusammenhang mit früheren Landesausstellungen und mit nationalen Kulturprogrammen wurde auf Perioden gesteigerten helvetischen Selbstbewusstseins hingewiesen, wobei vor allem die Bergwelt, das Landvolk und der Heimatstil in den Vordergrund traten. Man fragt sich, ob das helvetische Identitätsbewusstsein heute noch vom Kontext Europas losgelöst betrachtet werden darf; ist die Idee eines Rückzuges ins Réduit eines an Blut und Boden orientierten Schweizertums in unserem hochindustrialisierten Land nicht absurd geworden?

Ein kleines Land, das beispielsweise dank der Swissair, dem Roten Kreuz und einigen im Auslandgeschäft sehr dynamischen Industrie- und Finanzunternehmen in der Weltöffentlichkeit beachtet wird, tut gut daran, sich selbst von neuem in Frage zu stellen und so zu zeigen, dass der Bundesstaat nicht ein Zustand, sondern ein ständig neu zu überdenkender Prozess ist.

In diesem Zusammenhang ist es die Aufgabe der Intellektuellen, das vermeintlich Selbstverständliche in Frage zu stellen; in Lausanne wurde offensichtlich, dass die Behauptungen Peter Bichsels zu *«Des Schweizers Schweiz»*, auf die sich übrigens niemand berief, nicht genügen, aber es zeigte sich auch, wie falsch es wäre, künstlich nationale Mythen aus der Historie in das zeitgenössische Bewusstsein herüberzuretten oder neue schaffen zu wollen. Je mehr Freiheit der einzelne in einem Staat erringt, desto schwerer lassen sich Mythen konstruieren.

Für einmal war ein mehrsprachiger und interdisziplinärer Dialog möglich. Was leider total fehlte, war die Aus-

senansicht; Manfred Gsteiger verwies mit Recht auf das von Hugo Dyserinck (Aachen) im vergangenen September in Luxembourg durchgeführte Symposium zum Thema *«L'Europe et la conscience de la nationalité»*.

Ein «nationales» Bewusstsein sieht Gsteiger in unserer Literatur lediglich im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts und in den Jahren vor und während des Zweiten Weltkriegs, der Zeit der «Geistigen Landesverteidigung». Nicht von ungefähr wurde übrigens die Suche nach einer neuen Landeshymne, welche vor etwa fünfzehn Jahren einmal angeregt worden war, erfolglos eingestellt.

Des Intellektuellen Rolle als Unruhestifter, als Frager überwiegt heute in der Literatur, und die allzu Ängstlichen, weil nur auf Bewahrung Bedachten, sollten vielleicht folgende Aussage Denis de Rougemonts bedenken, der leider an der Tagung nicht teilnahm: *«Plus qu'un pays, si beau soit-il, et plus qu'un peuple, aussi ‚heureux' que je l'ai dit, le nom de la Suisse désigne une certaine forme d'existence en communauté, une certaine structure de relations publiques, l'idée supérieurement paradoxale, si l'on y réfléchit, d'une société des hommes libres: moins elle sera limitée par des frontières, mieux elle accomplira sa vocation.»* Die Schweiz als permanentes Paradox: eine Ganzheit aus Teilen, die von ihrer Natur her nicht zusammengehören, ja die in vielem widersprüchlich sind.

Aus der Perspektive der von Pierre du Bois mit grösster Umsicht vorbereiteten Studientagung lassen sich nur wenige Strukturelemente des organischen Komplexes «Schweizer Identität» festhalten, wobei die im Paradox zusammengespannten Elemente zum Teil im Verlauf der Zeiten ausgewechselt werden. Die Vielfalt der Ausprägungen erklärt sich aus den Beziehungen zwischen den Elementen, die das Paradox Schweiz strukturieren: Aufgehobensein und relative Sicherheit, Skepsis gegenüber der Übermacht einzelner, starke Kontrolle aller zentralistischen Tendenzen, vor allem in der Verwaltung; die «Identität» erscheint demzufolge als ein Prozess mit neuen Entwicklungsmöglichkeiten, in dem die Resignierten, die potentiellen Emigranten neben den Traditionalisten, den Regionalisten und den Neuerern – eine Einteilung des Soziologen M. Bassand – leben, jeder auf der Suche nach einem besser profilierten Selbst.

Eine Debatte ist eröffnet; mit Spannung erwarten wir die gedruckte Fassung der oft nur in stark gekürzter Form vorgetragenen Referate. Im Hinblick auf die nächste Landesausstellung wäre zu fragen, welcher Heimatbegriff sie prägen soll und ob das Prinzip der Innovation nur in der Industrie und in Dienstleistungsbetrieben im weitesten Sinn in Zeiten der Krise ein Mittel zum Überleben ist. Die «wahre» Treue zum grammatikalisch und politisch neutralen «Vaterland» bewahrt uns wohl nur vor der Stagnation, wenn sie schöpferisch ist und nicht nur bewahrend.

Peter Grotzer

[1] Editions de l'Aire, Lausanne 1983. Es handelt sich um die Referate einer Studientagung, die Pierre du Bois im Herbst 1981 in Lausanne durchführte. – [2] Institut de science politique, Mémoires et Documents 17, 5, rue de l'Université, 1005 Lausanne.